

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Dissonanz**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 82

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

hat die Prioritäten vorläufig ein wenig verschoben. Ein erster Entwurf des PH-Gesetzes lag bei Redaktionsschluss dieser Nummer (Anfang Juli) noch nicht vor. Jaggi und Knüsel wie vom BAK David Streiff und Andrea Raschèr werden einen Vorentwurf verfassen. Ende August wollen die Stiftungsräte zusammenkommen, um diesen in einer «halboffiziellen Anhörung» zu diskutieren. Danach werden die Ämter konsultiert, 2004 schliesslich folgt die öffentliche Vernehmlassung.

Bereits jetzt aber zeichnen verschiedene Optionen ab. Hier ein paar Materialien dazu aus der Medienberichterstattung: Zum einen geht es darum, dass die Aufgabenbereiche neu verteilt werden. Die «PH soll sich, grob gesprochen, auf die Kulturförderung und die kulturelle Verbreitung konzentrieren; das BAK seinerseits soll schweremässig Aktivitäten in den Bereichen von Ausbildung und Erhaltung des Kulturerbes entfalten.» (Lezzi B. in der NZZ vom 20. September 2002) Nichts, so Knüsel in einem NZZ-Interview vom 27. Juni, spreche für eine Fusion von BAK und PH.

Zum anderen strebt man «leichtere Strukturen und Vereinfachungen der Entscheidungswege» an. Der Stiftungsrat, der verkleinert wird, und die Direktion müssen Kompetenzfragen klären; schnellere Entscheide sollen möglich sein.» Das entspricht weitgehend den vom Bundesrat geforderten Sparmassnahmen. Man kann es aber auch anders lesen, so wie es Manfred Papst in der NZZ am Sonntag (8. Juni) tat: «Die Position des Direktors soll gestärkt werden: Er soll nicht mehr nur koordinierend wirken, sondern eigene Projekte realisieren können. Da hierfür kein zusätzliches Geld zur Verfügung steht, soll es den Abteilungen abgezockt werden. In diesen Umbauplänen treffen sich Präsidentin und Direktor durchaus. Deshalb bilden sie derzeit eine Zweckallianz.»

Hinter all den Machtspielen, so Papst weiter, stehe jedoch die Frage, «was die PH eigentlich will und soll. Und da lassen die Erklärungen des Direktors wenig Gutes ahnen. Er hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er vom Giesskannenprinzip nichts hält und lieber prestigeträchtige Grossprojekte unterstützt. Das klingt attraktiv, doch ist Verschiedenes dagegen einzuwenden. Zum Ersten sind solche Events genau das, was schon das private Sponsoring (aus dem Knüsel kommt) zur Mehrung seines Ruhmes veranstaltet. Zum Zweiten widerspricht der Verzicht auf eine breite Kulturförderung dem bisherigen, den Minderheiten und dem Föderalismus Rechnung tragenden Auftrag der Stiftung. Zum Dritten schadet Knüsel mit seinen unbedachten Äusserungen darüber, dass «jedes Nest sein eigenes Kurzfilmfestival oder seine eigene Literaturnacht» haben wolle, dass er das Geld «nicht einfach in den Abteilungen versickern lassen will» und dass seine Stiftungsräte «einzige Vertreter ihrer Klientel sind», nicht nur der Vielfalt der Schweizer Kultur, sondern desavouiert die Kulturschaffenden und Mitarbeiter.»

Der Wettbewerb zwischen den Kulturschaffenden einerseits, der sich, so Knüsel, noch verschärfen werde, die geforderten Einsparungen andererseits: Was heisst das für die Kulturförderung? Fraglich bleibt nämlich, inwiefern dies ein Umdenken in der Kulturförderung nach sich zieht.

Zwei letzte Zitate aus diesem Umkreis mögen die noch nicht völlig durchsichtigen Aspekte andeuten. In der Facts-Ausgabe vom 12. Juni war zu lesen: «Knüsel hat nicht generell etwas gegen Marktdenken in der Kultur. «Die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse greift um sich, damit muss sich auch die PH auseinandersetzen.» Seine These: Kulturschaffende müssen möglichst auf eigene Beine kommen. Einem Improvisations-Musiker werde das nie gelingen. Aber die PH könne helfen, seine Marktsituation zu

verbessern. «Das Kunstwerk ist erst vollendet, wenn es Zuhörer oder Betrachterinnen findet», sagt Knüsel.»

Und im Gespräch mit Lezzi B. (NZZ vom 27. Juni) sagte Knüsel schliesslich (antwortend auf die NZZ am Sonntag): «Wir sind zuständig für die kulturelle Vielfalt in diesem Lande. Dies ist gleichsam ein Axiom, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die Breite der damit verbundenen Tätigkeiten macht eine der hauptsächlichen Essenzen der Schweiz aus, wenn man überhaupt noch von schweizerischer Essenz sprechen will. PH muss im Weiteren auf der ganzen Skala aktiv sein, von den ganz kleinen bis zu den ganz grossen Projekten. Beteiligungen an Grossvorhaben, wie dies beispielsweise diesen Februar an der Kunstmesse «Arco» in Madrid der Fall war, haben grossen Symbolwert. Dabei aber den Verdacht zu haben, dass es in zehn Jahren nur noch Projekte von dieser Dimension geben könnte, ist falsch. Wichtigkeit oder Relevanz können sich nämlich auch in ganz kleinen Dingen einstellen. Wir streben keine möglichst breite Verteilung der Mittel an, sondern wir engagieren uns dort, wo Wirkung absehbar ist, wo beispielhafte Projekte anstehen. Da muss PH dabei sein, egal ob es um 500 oder um 500 000 Franken geht.»

Pius Knüsel rechnet damit, dass das neue Gesetz auf Anfang 2007 in Kraft tritt – gleichzeitig übrigens mit dem auf dem neuen Bundesverfassungsartikel 69 basierenden Kulturförderungsgesetz, dessen erste Entwürfe bereits zugänglich sind (unter http://www.bak.admin.ch/index_d.html, «Kulturförderungsgesetz (BV 69)» anklicken). Noch viel Zeit also, so scheint zumindest. Umso wichtiger ist es, dass sich die Betroffenen, also die Kulturschaffenden, schon heute zu Wort melden. *Thomas Meyer*

Nachrichten

DORE: Bilanz und Perspektiven

Ab 2004 wird der Schweizerische Nationalfonds (SNF) ein neues Instrument zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung lancieren. Damit führt der SNF die Forschungsförderung in den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit, Musik und Theater, Bildende Kunst sowie Angewandte Psychologie und Angewandte Linguistik weiter, welche in den Jahren 2000–2003 im Rahmen der Aktion DORE (DO Research), einer gemeinsamen Initiative des SNF und der Kommission für Technik und Innovation (KTI), getragen wurde. Die Erfahrungen aus DORE werden an der Tagung «DORE: Bilanz und Perspektiven», welche am 13. Oktober 2003 in Bern stattfinden wird, ausgetauscht und diskutiert. Bei dieser Gelegenheit werden Prof. Daniel Paunier, Präsident der Abt. I des Forschungsrates, sowie Prof. Anne-Nelly Perret-Clermont und Prof. Claudio R. Boër, Co-Präsidentin und Co-Präsident der Aktion DORE, Näheres über die Weiterführung der Forschungsförderung mitteilen können.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website des SNF (www.snf.ch) sowie bei der Schweizerischen Koordinationsstelle für Musikforschung, Sandra Koch, Musikhochschule Luzern, Zentralstrasse 18, 6003 Luzern, E-Mail: skoch@mhs.fhz.ch, www.musicresearch.ch.